



# Brief aus Berlin

Ausgabe 02|2016



Neues aus der Bundespolitik von Ihrer Abgeordneten Dr. Anja Weisgerber



CSU  
LANDESGRUPPE  
AM DEUTSCHEN BUNDESTAG

## Bundestag verabschiedet Asylpaket II

Vorschläge für Reform der EU: Beschränkung von Sozialleistungen für Zuwanderer



Liebe Leserinnen und Leser,

hinter uns liegen zwei entscheidende Wochen. Auf dem Europäischen Rat in Brüssel haben die Staats- und Regierungschefs die Reformvorschläge Großbritanniens für die Europäische Union beraten. Auf Grundlage dieser Verhandlungsergebnisse wird am 23. Juni 2016 das geplante Referendum über die EU-Mitgliedschaft Großbritanniens abgehalten.

Die CSU-Landesgruppe begrüßt die Reformagenda ausdrücklich. Sie entspricht in wesentlichen Punkten unseren Forderungen aus Kreuth, die wir anlässlich des Besuchs von Premierminister David Cameron beschlossen haben. Für den Fall, dass die britischen Bürger sich für einen Verbleib in der Europäischen Union aussprechen, erhält nicht nur das Vereinigte Königreich Begünstigungen, sondern auch Deutschland wird von den Beschlüssen profitieren können. Wir sprechen uns klar für einen Verbleib des Vereinigten Königreichs in der EU aus. Wir brauchen Großbritannien auch weiterhin als starken Partner in der EU. Das Vereinigte Königreich mit seinen 64 Millionen Einwohnern ist die zweitgrößte Volkswirtschaft der EU und einer der größten Nettozahler in den EU-Haushalt.

Das zweite wichtige Thema in den vergangenen zwei Wochen war die weitere Begrenzung der Zahl der Flüchtlinge.

Dazu haben wir national in dieser Woche einiges auf den Weg gebracht. Mit dem Gesetz zur erleichterten Ausweisung straffälliger Ausländer und dem Asylpaket II tragen zwei wichtige Gesetzentwürfe ganz klar die Handschrift der CSU-Landesgruppe.

Viele Punkte davon haben wir bereits auf unseren Kreuther Klausurtagungen beschlossen. So zum Beispiel die schnellere Ausweisung von kriminellen Asylbewerbern. Auch das Asylpaket II ist CSU pur: Die beschleunigten Verfahren oder die Aussetzung des Familiennachzugs gehen allein auf unsere Forderungen zurück.

Es ist gut, dass wir das Asylpaket II nun endlich so im Bundestag beschlossen haben, wie es von den Parteivorsitzenden von CSU, CDU und SPD bereits im November vereinbart wurde. Dass wir solange warten mussten, lag nicht an uns. Nun verzögern SPD und Grüne erneut: Diesmal die Einstufung von Tunesien, Marokko und Algerien als sichere Herkunftsstaaten. Gerade dieses wäre aber wichtig, um die Flüchtlingszahlen zu reduzieren.

Es ist jetzt an der Zeit, dass vor allem die SPD Flagge zeigt und ein klares Zeichen setzt, ob sie wirklich die Zahl der Flüchtlinge reduzieren will.

Herzliche Grüße,

Dr. Anja Weisgerber MdB

### WEITERE THEMEN IN DIESER AUSGABE

- Zehn Fakten zur Flüchtlingspolitik
- Modulares Bauen forcieren
- Tag der Städtebauförderung
- Großbritannien: Pläne für ein gemeinsames Europa
- Ruhiger Ascherdonnerstag in Oberwerrn

# Zehn Fakten zur Flüchtlingspolitik

## Was wurde bereits umgesetzt und was ist noch geplant?

**Mehr als 60 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht. Dies stellt Deutschland vor große Herausforderungen. Zur Bewältigung der Flüchtlingskrise wurden bereits zahlreiche Maßnahmen beschlossen. Was genau, lesen Sie im Faktencheck.**

### 1. Mehr sichere Herkunftsländer

Wesentlich bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise ist die Unterscheidung zwischen Schutzbedürftigen und Nicht-Schutzbedürftigen. Dazu wurde unter anderem die Erweiterung der Liste der sicheren Herkunftsstaaten beschlossen. Nunmehr zählen alle Westbalkanstaaten dazu. Aufgrund der niedrigen Anerkennungsquoten sollen künftig auch Marokko, Algerien und Tunesien darunter fallen. Bayern will mit einem Bundesratsantrag die Liste um noch mehr Staaten erweitern. Für Personen aus diesen Ländern werden die Verfahren beschleunigt und abgelehnte Asylbewerber schneller zurückgeführt.

### 2. Weniger Fehlanreize für Asylbewerber mit geringer Bleibeperspektive

Asylbewerber mit geringer Bleibeperspektive sollen ebenso wie Folgeantragssteller und Asylbewerber, die ihre Mitwirkung verweigern, einem beschleunigten Verfahren unterzogen werden. In Anlehnung an das sogenannte Flughafenverfahren soll dieses maximal drei Wochen betragen. Bis zum Ende des Verfahrens werden sie in besonderen Erstaufnahmeeinrichtungen untergebracht und nicht auf die Kommunen verteilt. Für sie gelten eine verschärfte Residenzpflicht und ein Arbeitsverbot. Außerdem erhalten generell in den Erstaufnahmeeinrichtungen Sachleistungen Vorrang vor Geldleistungen. Für endgültig Ausreisepflichtige wird die Unterstützung auf das absolut Notwendige begrenzt. Dies gilt auch für diejenigen, die ihre Identität nicht preisgeben.

### 3. Einschränkung des Familiennachzugs

Aufgrund des großen Zuzugs wird für Flüchtlinge mit eingeschränktem (sogenannten subsidiärem) Schutz der Familiennachzug für zwei Jahre ausgesetzt.

### 4. Bessere Registrierung

Alle Asylbewerber werden unmittelbar nach Einreise registriert und erhalten einen Flüchtlingspass. Dieser Ankunftsnachweis erfasst wichtige Kerndaten, den Fingerabdruck und ist die Voraussetzung für den Bezug von Leistungen. Erstmals haben zahlreiche Behörden wie das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), die Polizei oder Jugend- und Gesundheitsämter darauf Zugriff. Dies ermöglicht einen besseren Datenaustausch, erleichtert Personenüberprüfungen und verhindert Mehrfachregistrierungen.

### 5. Schnellere Verfahren und mehr Personal

Die Bearbeitungsdauer von Asylanträgen wurde verkürzt, von durchschnittlich 7,3 Monaten (Ende 2014) auf nur

noch 5,1 Monate. Dafür hat das BAMF mehr Personal erhalten. Allein 2015 mehr als 40 Prozent. Im Bundeshaushalt 2016 sind nochmals 4.000 weitere Stellen vorgesehen. Auch bei der Bundespolizei wurden mehr als 3.000 zusätzliche Stellen geschaffen.

### 6. Konsequenter Abschiebungen

Abgelehnte Asylbewerber müssen schnellstmöglich abgeschoben werden. Bund und Länder haben sich deshalb zu einer Durchsetzung bestehender Ausreisepflichten verständigt. Nun ist es aber vor allem an den Bundesländern gelegen, die Abschiebungen auch konsequent umzusetzen. Beschlossen wurde unter anderem Abschiebungen nicht mehr anzukündigen. Außerdem sollen gesundheitliche Abschiebehindernisse stark eingeschränkt werden. Mit den Herkunftsstaaten werden gleichzeitig Rückübernahmeabkommen ausgehandelt.

### 7. Erleichterte Ausweisungen für Kriminelle

Kriminell gewordene Ausländer und Asylbewerber können künftig bereits ausgewiesen werden, wenn sie zu einer Freiheitsstrafe verurteilt werden – unabhängig davon, ob die Strafe zur Bewährung ausgesetzt oder nach Jugendstrafrecht geurteilt wurde. Dies gilt für Straftaten gegen das Leben, bei Körperverletzung, Sexualstraftaten, Eigentumsdelikten und bei Widerstand gegen die Staatsgewalt.

### 8. Europäische Solidarität eingefordert

Deutschland kann die enorme Zahl Flüchtlinge nicht allein stemmen. Europa und die internationale Gemeinschaft sind gefordert. Ein verlässlicher Schutz der EU-Außengrenzen ist unbedingt notwendig. Außerdem laufen die Verhandlungen über den Ausbau der europäischen Grenzschutzagentur Frontex, die Einrichtung von sogenannten Hot Spots sowie eine solidarische Verteilung der Flüchtlinge.

### 9. Mehr Unterstützung für Länder und Kommunen

Länder und Kommunen werden entlastet. Sie erhalten mehr Unterstützung vom Bund. Im Jahr 2015 hat der Bund seine Mittel auf zwei Milliarden erhöht, 2016 folgen weitere 3,67 Milliarden Euro. Mit 670 Euro pro Monat je Asylbewerber fließen weitere Gelder an die Länder. Zusätzlich werden die Leistungen für den sozialen Wohnungsbau, der allen zu Gute kommt, massiv aufgestockt.

### 10. Integration ist keine Einbahnstraße

Integration ist Grundvoraussetzung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Asylbewerber erhalten deshalb frühzeitig Zugang zu Integrations- und Sprachkursen. Sie müssen sich allerdings selbst daran finanziell beteiligen. Eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe wird zudem Maßnahmen für eine gelingende Integration für Flüchtlinge mit Bleibeperspektive erarbeiten. Junge Asylbewerber erhalten bereits bei Antritt einer Ausbildungsstelle einen Aufenthaltstitel, der für die Gesamtdauer der Ausbildung gilt.

## Modulares Bauen forcieren

Gerade in Zeiten, in denen Wohnraum in Städten knapp ist, gewinnt modulares Bauen immer mehr an Bedeutung. Dieses Thema stand im Mittelpunkt eines Parlamentarischen Abends der Deutschen Unternehmensinitiative Energieeffizienz. Staatssekretärin Dorothee Bär sprach in ihrer Rede zu den digitalen Innovationen des modularen Bauens und Sanierens. Mit dabei war auch die Knauf Gips KG aus Iphofen. Das Unternehmen will einen Beitrag dazu leisten, dass das Bauen auch in Deutschland günstiger werden kann und versteht sich dabei als Ideengeber und Motor.



## Tag der Städtebauförderung

Am 21. Mai 2016 finden überall in Deutschland Veranstaltungen rund um die Städtebauförderung statt. Das Bundesbauministerium ruft alle Städte und Gemeinden auf, sich am zweiten „Tag der Städtebauförderung“ wieder so aktiv zu beteiligen wie im vergangenen Jahr. An diesem Tag können sich alle Bürger über Projekte, Strategien und Ziele der Städtebauförderung informieren, mitdiskutieren über die Stadtentwicklung ihres Lebensumfeldes und vor allem: Mitwirken. Städte und Gemeinden können ihre Teilnahme am diesjährigen Tag der Städtebauförderung bis zum 31. März anmelden: [www.tag-der-staedtebaufoerderung.de](http://www.tag-der-staedtebaufoerderung.de)



## Großbritannien: Pläne für ein gemeinsames Europa

### Europäischer Rat diskutierte über Reform der EU

**Ein Austritt aus der Europäischen Union ist für Großbritannien nicht ausgeschlossen. Doch welche Folgen hätte ein Brexit für die EU und für uns? Und wie kann Europa gemeinsam gestaltet werden? Das wurde beim Europäischen Rat in Brüssel intensiv diskutiert. Fragen und Antworten zu einem möglichen Brexit:**

#### Was will Großbritannien?

Großbritannien plant am 23. Juni 2016 ein Referendum über einen möglichen Austritt aus der EU. Der britische Premierminister Cameron möchte die EU reformieren, um so den Verbleib in der EU seinen Bürgern empfehlen zu können. In seinen Augen dürften zum Beispiel Nicht-Euro-Länder, wie eben Großbritannien, nicht gegenüber der Euro-Gruppe benachteiligt werden. Außerdem müsse die Wettbewerbsfähigkeit der EU gestärkt werden. Auch möchte Großbritannien die Souveränität der einzelnen Mitgliedstaaten besser sicherstellen und den Missbrauch der Freizügigkeit bekämpfen. EU-Ratspräsident Tusk hat dazu einen Vorschlag vorgelegt, der die Notwendigkeit der Respektierung der Freizügigkeit und Nichtdiskriminierung betont, aber auch konkrete Änderungen von EU-Vorschriften vorsieht – zum Beispiel beim Kindergeld.

#### Was wurde in Brüssel diskutiert?

EU-Ratspräsident Donald Tusk hat Anfang Februar einen Reformvorschlag für die EU vorgelegt, der die Forderungen Großbritanniens berücksichtigt, ohne die Errungenschaften der europäischen Integration in Frage zu stellen.

Zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit sollen insbesondere nachprüfbar Fortschritte beim Bürokratieaufwand für Unternehmen gemacht werden. Außerdem wird in den Plänen unter anderem der gegenseitige Respekt zwischen Nicht-Eurostaaten und Eurostaaten betont.



#### Wie steht die CSU-Landesgruppe zu den Plänen?

Vieles von dem, was Großbritannien will, fordert die CSU-Landesgruppe schon seit einigen Jahren. Unter dem Titel „Europa gemeinsam gestalten“ hat die CSU-Landesgruppe auf ihrer jüngsten Klausurtagung in Wildbad Kreuth ein Papier vorgelegt, welches eine bessere Sicherung der nationalen Souveränität und die Einführung einer roten Karte für nationale Parlamente vorschlägt, aber auch die mögliche Beschränkung staatlicher Sozialleistungen fordert.

# Ruhiger Ascherdonnerstag in Oberwerrn

Gerhard Eck und Anja Weisgerber informierten über aktuelle Politik

Einen Tag nach dem Aschermittwoch liegt das Zentrum der politischen Aufmerksamkeit jedes Jahr in Oberwerrn. Denn beim Politischen Aschermittwoch der CSU „am Tag danach“ gibt es nicht nur den besten Fisch, sondern für gewöhnlich auch deftige Reden. In diesem Jahr war das allerdings etwas anders: Aus Respekt vor den Opfern des Zugunglücks von Bad Aibling entfiel die politische Rede von Bayerns Wirtschaftsministerin Ilse Aigner. Alle Gäste hatten Verständnis dafür, dass die Bezirksvorsitzende der



CSU in Oberbayern an diesem Tag in ihrer Heimat geblieben ist.

Stattdessen informierten Staatssekretär Gerhard Eck und die Bundestagsabgeordnete Dr. Anja Weisgerber über aktuelle politische Themen. Im Zentrum der Beiträge stand die Asylpolitik. Beide forderten, dass dringend eine spürbare Reduzierung der Flüchtlingszahlen notwendig sei. Eck und Weisgerber bezeichneten die CSU als den „Taktgeber in der Asylpolitik“. Auf Drängen der Christsozialen wurde das strengste Asylrecht seit den 1990er Jahren beschlossen. Weitere Maßnahmen müssen jedoch folgen. „Der europäische und internationale Weg von Kanzlerin Merkel kann nur gelingen, wenn von Deutschland weitere Signale der Begrenzung ausgehen“, betonte Anja Weisgerber.

Anschließend nutzten die Politiker den Abend zum persönlichen Austausch mit den über 200 Gästen, die trotz der Absage von Ilse Aigner nach Oberwerrn gekommen waren. Auch der Vorsitzende der örtlichen CSU, Norbert Hart, zeigte sich zufrieden. Denn die Sporthalle war beim „größten politischen Stammtisch im Landkreis Schweinfurt“ wieder gut besucht.

## Zukunfts-Café der CSU

Die CSU in der Region Schweinfurt hat mit dem Vorsitzenden der Grundsatzkommission Markus Blume über die Fortschreibung des CSU-Grundsatzprogramms diskutiert. Dazu gab es fünf Fachforen zu den Themen Zuwanderung und Integration, Soziale Marktwirtschaft, Außen- und Sicherheitspolitik, Bildung sowie Familie und Jugend.



## „Tatort“ Regionalexpress

Vergangenen Freitag hatte ich eine sehr nette Begegnung mit Miroslav Nemeč, dem Ivo Batic aus dem Münchner Tatort. Nemeč war auf dem Weg nach Haßfurt, wo er bei einem literarisch-musikalischen Abend den „Nemeč hinter dem Batic!“ vorstellte. Der Schauspieler ist im „wahren“ Leben übrigens mindestens so sympathisch wie im Tatort.



### Wahlkreisbüro

Schweinfurt-Kitzingen  
Karl-Götz-Straße 17, 97421 Schweinfurt  
Tel.: 09723 934370, Fax: 09723 934385  
E-Mail: [anja.weisgerber@bundestag.de](mailto:anja.weisgerber@bundestag.de)

Mehr Informationen auf meiner Internetseite:

[www.anja-weisgerber.de](http://www.anja-weisgerber.de)

### Bundestagsbüro

Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Tel.: 030 227 79344, Fax: 030 227 76343  
E-Mail: [anja.weisgerber@bundestag.de](mailto:anja.weisgerber@bundestag.de)

Reden und Videos auf AnjaTV:

[www.youtube.com/user/anjaisweisgerber](http://www.youtube.com/user/anjaisweisgerber)